

Pulsnitzer Tageblatt

Versprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteit an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfd.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfd., in der Amtshauptmannschaft Ramez 8 Pfd.; amtlich 1 mm
30 Pfd. und 24 Pfd.; Melame 25 Pfd. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramez
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswäbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 221

Montag, den 22. September 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Gefahr des Erlöschens von Grundbuchrechten

Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Realkaften, die der Auswertung unter-
liegen, deren Aufwertungsbetrag aber im Grundbuch noch nicht eingetragen ist, erlöschen,
wenn der Antrag auf Eintragung der Aufwertung des Rechts nicht spätestens

bis zum Ablauf des 31. März 1931

beim zuständigen Grundbuchamt gestellt wird. Hierzu gehören z. B. noch eingetragene Papier-
markrechte, gelöschte und infolge Vorbehalts oder Rückwirkung aufgewertete Rechte, abgetretene

und für den früheren Gläubiger aufgewertete Rechte. Den Antrag kann außer dem Gläubiger
auch der Eigentümer oder ein Dritter stellen, der ein rechtliches Interesse an der Eintragung hat.

Amtsgericht Pulsnitz, den 16. Sept. 1930.

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt **großen Erfolg**
haben im

Künstlich erzeugte Panik-Stimmung

Preußen und Reich gegen die falschen Putzgerüchte

Die preussische Regierung erklärt zu den Putz-
gerüchten, daß dabei die Absicht hervorgetreten sei, eine
künstliche Panikstimmung zu erzeugen. Es sei ein
unverantwortliches Tun, Dinge zu behaupten, die
jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Es sei nicht so, als
ob in irgendeiner politischen Stelle Deutschlands Vorberei-
tungen getroffen würden, die darauf schließen ließen, daß
irgendein Putz beabsichtigt sei. Die preussische Regierung
habe für alle Behauptungen, die von der Presse über die
Absicht nationalsozialistischer Putz aufgestellt seien, nicht
den geringsten Anhaltspunkt.

Wenn Zeitungen oder Verleger wirklich glaubten, Mit-
teilungen erster Art über nationalsozialistische Putzabsich-
ten zu haben, so sei es ihre Pflicht, diese Mitteilungen der
preussischen Regierung und der preussischen Polizei zu über-
geben. Die preussische Polizei habe ihrerseits Ermittlungen
über die Gerüchte der letzten Tage angestellt und sei zu dem
Ergebnis gekommen, daß alle diese Gerüchte falsch seien.
Sie könne nur auf das tiefste bedauern, daß ohne jeden
Grund eine Panikstimmung in Deutschland erzeugt würde.

Dazu erklärt weiter die Reichsregierung, daß die Panik-
stimmung an den Auslandsbörsen in erster Linie auf die
Falschmeldungen aus Deutschland und die Verbreitung fal-
scher Gerüchte zurückzuführen sei. Die Reichsregierung hoffe,
daß jetzt eine wesentliche Beruhigung eintrete, zumal auch
nach ihrer Überzeugung keinerlei Anzeichen für irgendwelche
Putzabsichten vorlägen.

Der Reichskanzler über die Putzgerüchte.

Der Reichskanzler gewährte dem Vertreter eines ameri-
kanischen Nachrichtenbüros eine Unterredung. Auf die Frage:
„Wie beurteilen Sie, Herr Reichskanzler, die im Ausland
verbreiteten Gerüchte über Putz-Versuche?“ erklärte der
Reichskanzler: „Ich entnehme aus Ihrer Frage, daß Sie auf
amerikanische Pressestimmen anspielen, die von einer von
radikaler Seite drohenden Gefahr sprechen. Die beste Ant-
wort auf diese Frage ist ein Hinweis auf die Ihnen ja be-
kannte tatsächliche Lage in Deutschland. Ich bin überzeugt,
daß Sie Ihren Lesern melden werden, daß sich keine Putz-
gefahr, auch nicht in einem einzelnen Bezirk, in Deutschland
gezeigt hat.“

Wirth über Reichswehr und Polizei.

Reichsinnenminister Dr. Wirth gewährte ebenfalls
einem amerikanischen Pressevertreter eine Unterredung, in
der er u. a. folgendes ausführte: „Nach sorgfältiger und kri-
tischer Prüfung der politischen Lage in Deutschland, wie sie
mir amtsmäßig zukommt, kann von einer Putzgefahr nicht
gesprochen werden. Die kleine Wehrmacht ist völlig fest in
der Hand des Reichspräsidenten. Ueber die Polizei kann —
abgesehen von dem Falle in Thüringen, wo wir durch Sper-
rung der Polizeigelder eingegriffen haben —, ebenfalls ge-
sagt werden, daß sie ein zuverlässiges Instrument in den
Händen der Länder darstellt. Jeder Versuch, mit Gewalt
irgendwie gegen die Autorität des Staates anzugehen, würde —
und das ist die feste Überzeugung der gesamten Reichsregie-
rung — schon in keinem erstickt werden. Zu Besorgnissen
über revolutionäre Umtriebe von rechts oder links ist keine
Veranlassung gegeben.“

Unstimmigkeiten im Reichskabinett dementiert.

Ein Pariser Blatt weiß über Unstimmigkeiten im
Reichskabinett und über den bevorstehenden Rücktritt des
Reichsernährungsministers Schiele zu berichten. Wie von
zuständiger Stelle mitgeteilt wird, entbehrt diese Meldung
jeglicher Grundlage.

Breitscheidt aus der Wirtschaftskommission des Völkerbundes ausgeschieden.

Wie an zuständiger Stelle verlautet, ist der sozialdemo-
kratische Reichstagsabgeordnete Breitscheidt aus der

zweiten Kommission des Völkerbundes (Wirtschaftsausschuß)
ausgetreten, um seine Tätigkeit ganz in den Abrüstungs-
ausschuß zu verlegen. — Der „Vorwärts“ hatte berichtet,
der Wechsel sei darauf zurückzuführen, daß sich Breitscheidt
außer Stande sehe, die Wirtschaftspolitik der Regierung
Brüning-Schiele zu vertreten.

Landvolk lehnt Fraktionsgemeinschaft ab.

Der Reichsparteiführer der Christlich-
Nationalen Bauern- und Landvolkpartei,
Abgeordneter Höfer nimmt in der Zeitung „Der Thüringer
Landbund“ zum Wahlergebnis Stellung. Eine Fraktions-
gemeinschaft oder eine Arbeitsgemeinschaft mit den Kon-
servativen und mit dem Christlich-Sozialen Volksdienst
kome für ihn nicht in Frage. Der berufstädtische
Gedanke solle in der Fraktion rein erhalten bleiben, um in
der parlamentarischen Tätigkeit nicht durch fraktionelle Kom-
promisse gebunden zu sein. Er selbst werde auf sein
Mandat verzichten. Der Grund hierfür sei lediglich
in den durch den überraschenden Wahlausfall erhöhten Schwie-
rigkeiten zu suchen, die er in Thüringen voraussehe. Hin-
gegen behalte er den Vorsitz der Landvolkpartei bei und bleibe
in engerer Fühlungnahme mit der Reichstagsfraktion.

Die Taktik der Nationalsozialisten.

In einer Berliner Versammlung nahm
der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels zu dem Er-
gebnis der Wahlen und zur Haltung der Nationalsozialisten
in der Frage der Regierungsbildung Stellung. Er betonte,
der gewaltige Erfolg der NSDAP. sei zum großen Teil die
verdiente Frucht der fleißigen, tapferen und opferbereiten
Hingabe jedes einzelnen der 300 000 Parteimitglieder. Zu
den zahlreichen Anfragen von Pressevertretern des In- und
Auslandes über die künftige Taktik der Partei verglich er
das Verhalten der NSDAP. und der Republik mit einer
Schachpartie. Die Nationalsozialistische Partei gehe in die-
sem Schachspiel darauf aus,
das heutige System und die Republik schwach zu setzen.
Es werde niemand von ihr verlangen können, die Züge, die
auch bei der kommenden Frage der Regierungsbildung eine
Rolle spielen, dem Gegner bekanntzugeben; zudem werde
sich die Taktik im einzelnen auf die des Gegners einstellen
müssen. Jedenfalls werde sich die Partei vorerst mit dem-
jenigen Einsatz begnügen, der ihr zahlenmäßig zukomme.
Sie erstrebe als eine politische Partei politische
Macht und suche sich dementsprechend auch die politi-
schen Machtstellungen im Kabinett, wie etwa das
Reichsinnenministerium und das Reichs-
wehrministerium. Eine weitere wesentliche Forde-
rung sei ein entsprechender Kurswechsel in Preu-
ßen und auch im Berliner Polizeipräsidium.
Die Partei werde sich aber nicht mit parlamentarischen Er-
folgen begnügen.

Nach der Versammlung wurde ein S.-M.-Mann, der ein
grünes Hemd trug, als angeblich uniformiert verhaftet. Dar-
aufhin begab sich Dr. Goebbels in Begleitung des Reichs-
tagsabgeordneten Dr. Löpelmann und seines Sekretärs
zur Polizeiwache, um die Gründe der Verhaftung seines Par-
teigenossen zu erfahren. Die anwesenden Polizeibeamten
gaben, wie die Nationalsozialistische Partei erklärt, auf Fra-
gen in grober Form ungenügende Auskünfte und stießen
schließlich die nationalsozialistischen Abgeordneten aus dem
Büchlokal. Während Dr. Goebbels draußen auf den dienst-
habenden Offizier wartete, erschien ein Trupp Polizei und
trieb nicht nur die Menge, sondern auch die Abgeordneten
mit dem Gummihüpfel auseinander. Das Verhalten der
Polizei wird noch ein Nachspiel haben.

Katastrophen-Spekulanten.

Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß in Zeiten großer poli-
tischer und wirtschaftlicher Ereignisse die Wirkung des
Schlagwortes eine ganz besonders starke ist. Wie ein Funke
schlägt es in die Massen ein und zündet und löst eine Stim-
mung aus, die man nur noch als Massenpsychose bezeichnen
kann. Die Unruhe und Sorge vor dem kommenden Tage,
die mehr oder weniger jeder einzelne (nicht nur in Deutsch-
land) infolge der jetzt seit Monaten bestehenden Wirtschaftskri-
se, infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit und der stoden-
den Industrietätigkeit in sich trägt, macht ihn geneigt, jedem
Gerücht Gehör und Glauben zu schenken. Nur aus dieser
Geneigtheit, alles zu glauben, erklärt es sich, daß die in den
letzten Tagen im In- und Ausland verbreiteten Gerüchte
über umstürzlerische Ereignisse in Deutschland Glauben fan-
den. Bald hieß es, der Reichstag stelle in hellen Flammen,
bald, Hitler sei ermordet. Dann, der französische Außen-
minister Briand sei in Genf in Mörderhände gefallen, wobei
es offenblieb, ob die Tat unter Führung italienischer Faschi-
sten oder deutscher „Hitlergardisten“ ausgeführt worden sei.
Dann wieder verlautete von Putzabsichten Hitlers, die zu
einem Rücktritt Hindenburgs führten, von einer Sprengung
des neuen Reichstags, und in New York wußte man sich
sogar zu erzählen, daß in Deutschland offener Aufbruch
herrsche.

Diese und ähnliche Alarmberichte, die verantwortungslos
in Wort und Schrift unterstützt und verbreitet worden
waren, gingen am Wochenende mit einmal am der New-
Yorker Börse von Mund zu Mund und verbreiteten sich
von dort und von Berlin aus wie ein Lauffeuer auch an
den europäischen Börsenplätzen, so vor allem in London,
Paris und Amsterdam. Im Nu setzte, wie nicht anders in
dieser aufgeregten Zeit zu erwarten war, in der alles viel
zu leicht kritiklos der Wirkung irgendeiner ungeheuerlich
klingenden Nachricht verfällt, eine Rückwärtsbewe-
gung der Kurse, und zwar vor allem der deut-
schen Kurswerte, ein. Am schwersten in Mitleiden-
schaft gezogen war neben der Dames-Anleihe die
Young-Anleihe, die in New York von 84% auf 81%,
in London und Amsterdam ebenfalls um mehrere Punkte
zurückging. In London ging die Young-Anleihe sogar auf
einen Kurs von 80 Prozent herunter, nachdem sie noch
vorige Woche 86 Prozent notierte, in Amsterdam war die
Young-Anleihe schon Mitte der Woche auf 80% Prozent an-
geklungen. Allein in der ersten halben Stunde der Börse des
vergangenen Freitags wurden in New York als Folge der
Sensationsmeldungen 500 000 Stück Young-An-
leihe-Anteile auf den Markt geworfen, die naturgemäß den Kurs ganz erheblich drücken mußten. Im
Zusammenhang mit diesen Kursstürzen erlitten auch die
sämtlichen übrigen deutschen Obligationen beträchtliche Kurs-
einbußen. Naturgemäß wurden auch die Aktienkurse von
dieser Bewegung beeinflusst und entsprechend abgeschwächt.
Erst nachdem die ernststen New-Yorker Bankkreise sich durch
Funt- und Kabeltelegramme über die tatsächliche Lage in
Deutschland unterrichtet und erfahren hatten, daß keine ein-
zige dieser sensationellen, auf Stimmungsmache abgesehenen
Nachrichten richtig sei, beruhigte sich die Börse allmählich wie-
der, und die Reparationsanteile schlossen erholt mit etwas
über 82 Prozent. Eine gewisse Nervosität war zwar auch
nachher noch bemerkbar, aber im allgemeinen setzte eine
leichte Erholung der deutschen Anleihewerte ein.

Die wichtigsten Fragen sind nun die: Welches sind die
Ursachen dieser Bewegung, zweitens, welche Bewandnis hat
es mit der Young-Anleihe überhaupt, und welche Wirkun-
gen wird dieser jüngste Börsensturz in nächster Zukunft aus-
lösen? Hervorgehoben wurde diese katastrophale Börsen-
bewegung ohne Frage durch eine gewisse Lose Hege
und Stimmungsmache gewisser Spekulantenkreise,
die von diesem plötzlichen Kurseinsturz Nutzen ziehen woll-
ten. Zu Hilfe kamen ihnen dabei sensationshungrige deutsche
Elemente, die sich nicht genug daran tun können, die deut-
sche politische und wirtschaftliche Lage dem Ausland so
schwarz wie weiß auszumalen. Daß es sich dabei gerade